









Preußischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 14. Januar 1914.

Am Regierungstische: Dr. Lenzke, Dr. v. Dallwitz, v. Breitenbach, Dr. Sydow, Dr. Bielefer. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Schönau eröffnete die Sitzung um 10 1/2 Uhr.

Der Präsident erbat und erhielt die Ermächtigung, Seiner Majestät dem Könige zu seinem Geburtstage die Glückwünsche des Hauses zu bringen.

Die erste Beratung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Frhr. v. Jellitz (Freilist.): Ich bin überzeugt, daß ich dem Hause aus dem Herzen spreche, wenn ich der großen Befriedigung über die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Weisung hierzu Ausdruck gebe.

Der Ministerpräsident hat sich nicht nur in vollem Umfang verpflichtet, sondern auch in außerordentlich großzügiger Weise, daß vom Reiche in das Steuergebiet der Bundesstaaten eingegriffen werden ist.

Das preussische Wahlrecht mag von den Mängeln, die es zweifellos hat, befreit werden, aber ein dringendes Verlangen, über Hals und Kopf eine Vorlage zu bekommen, hat sich in der vorigen Wahlbewegung nicht im mindesten gezeigt.

Die Gegenstände bei der Wahlrechtsvorlage von 1910, namentlich insoweit, was die politische Wirkung unserer Steuerhinterlassenschaft betrifft, sind, wie ich meine, die wir wollen für dieses schwierige Problem eine dauernd betriebende Lösung finden.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Bismarck von 1848 ein größeres Erfolg erzielt, als sie bei der Ältesten Stellung einnahm und die bürgerlichen Parteien in der Mitte sich verhalten ließen.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Bismarck von 1848 ein größeres Erfolg erzielt, als sie bei der Ältesten Stellung einnahm und die bürgerlichen Parteien in der Mitte sich verhalten ließen.

Die Sozialdemokratie hat mit dem Bismarck von 1848 ein größeres Erfolg erzielt, als sie bei der Ältesten Stellung einnahm und die bürgerlichen Parteien in der Mitte sich verhalten ließen.

bei im Reichstage. Ich will nur an das Straßburger Urteil erinnern, Ministerpräsident hat im Herrenhause erklärt, daß den Resolutionen des Reichstages keine Folge geleistet wird, die in der Kommandogewalt des Kaisers eingreifen wollen.

Sturm gelaufen. In einem großen Teil der Presse wird ausgeführt, daß diese Kabinettsorder durch Artikel 36 der Verfassung aufgehoben sei.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

Ich hoffe, daß als der Reichstagler die Herstellung normaler Verhältnisse als eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung in Betracht gezogen werden, er auch den Willen kund tut, die Reorganisation zu reformieren.

die Verhandlungen noch nicht zu einem Resultat geführt haben, so sind sie keineswegs abgebrochen worden und werden wieder angebahnt werden.

Abg. Dr. Biemer (Fortschr. Pkt.): Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Wir können uns nicht einverstanden erklären mit dem, was der Ministerpräsident gestern über die Frage des Wahlrechts in Preußen dargelegt hat.

Die Entwertung, die darin liegt, daß in einem modernen konstitutionellen Staate auch die Rechte der Volksherrschaft allmählich erweitert werden, werden mit dem Verfall der Verfassung zusammenhängen. Wir wollen glauben, daß im Reiche und auch in Preußen der Weg dorthin gehen wird. Der Abg. v. Sellschlag hat gesagt, daß die Verfolgung solcher demokratischer Ziele zu einem Konflikt führen wird. Ich lehne es mir so, als ob manchen Zeiten im Vaterlande ein solcher innerer politischer Konflikt willkommen ist, und als ob die Dinge, die wir jetzt erleben, bloßmäßig und mit einer bestimmten Rücksicht bewerkstelligt werden, um einen Konflikt herbeizuführen. Aber die Herren, die den Konflikt wollen, sollten sich dies noch einmal gründlich überlegen. Wenn es nach dem Abg. Köhling geht, daß in einem Rechtsstaate nur Staatsrat und Macht entscheiden können (Eiderbruch bei den Nationalliberalen), dann ist allerdings der schwerste Konflikt zu befürchten. Wer einen solchen Konflikt herbeizuführen, begeht ein Verbrechen am Vaterlande. (Sehr großer Beifall bei der Volksherrschaft.)

Minister des Innern Dr. v. Dallwitz: Ich habe nach Eingang der ersten telegraphischen Berichte über die letzteren Sturmfluten an der Ostküste hat die Regierung der schwierigen Lage der Bevölkerung, die durch das Naturereignis hervorgerufen war, ihre volle Aufmerksamkeit geschenkt. Schon am 10. des Monats unmittelbar nach Eingang der Besuche, habe ich mit Zustimmung des Finanzministers 2000 Mark für Forderung der ersten Not zur Verfügung stellen können. Am Tage darauf ist nach einem telegraphischen Bericht an den Kaiser von Altkönig die Stelle der Amtsräte gekommen, für den Regierungsbezirk Köslin einen weiteren Betrag zur Verfügung zu stellen. Bei der Ausdehnung der Schäden ist es zu meinem lebhaften Bedauern nicht möglich, schon in den nächsten Tagen ausreichendes Material zu haben. Die Behörden sind aber telegraphisch angewiesen worden, die Restitutions der Schäden möglichst zu beschleunigen. Nach Eingang dieser Berichte wird die Regierung demnächst sein Vermögen alsbald über das Ereignis und die auf Grund desselben von mir getroffenen Einrichtungen Auskunft zu erteilen. — Der Abg. Gerold bekundete sich sehr herzlich. Da die

Zahl der katholischen höheren Beamten nicht der Zahl der katholischen Bevölkerung entspräche. Ich kann mit Bestimmtheit erklären, daß die Konfession bei der Auswahl der Regierungsreferendare nicht die mindeste Rolle spielt. Wenn tatsächlich weniger Katholiken in der Verwaltung sind, so erklärt sich das aus natürlichen Gründen. Die Bewerbungen gehen hauptsächlich in geringerem Maße ein, als nach der Zahl der katholischen Bewerber zu erwarten wäre. Aus der Gesamtzahl der jetzigen katholischen Beamten kann Herr Gerold seine Schlüsse nicht ziehen, denn die Gesamtzahl ist das Ergebnis der Entwicklung aus einer ganzen Reihe von Jahrzehnten. — Es sind wieder die

Scharfer Kritik: Ich möchte wissen, die ich gegen die Militärbehörden wie die Zivilbehörden richte. Der Reichskanzler hat gestern auf die Angriffe gegen die elsass-lothringischen Zivilbehörden mit Entschiedenheit geantwortet und sich ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der bestehenden Kritik an diesen Verhältnissen nicht scheuen wird. Ich muß auch die Kritik gegen die dortigen Militärbehörden hiermit zurückweisen. (Beifall rechts.) Der Abg. Frhr. v. Sellschlag wünschte Änderungen an die Polizeibehörden, daß sie bei Streikunruhen nicht nur den öffentlichen Verkehr den Streikposten gegenüber, sondern auch im allgemeinen die öffentliche Sicherheit und Ordnung schützen können, damit den Ausschreitungen der Streikführer Einhalt getan werden kann. Ich kann zu meiner Freude mitteilen, daß bezügliche Maßnahmen meinerseits bereits ergriffen sind. (Sitz, hört links.) In Westfalen und der Rheinprovinz bestehen Polizeiverordnungen, die sich gegen die Störung des Verkehrs richten und sich auf den Schutz des Eigentums und Aufrechterhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung beziehen. Diese Bestimmungen sind aerisch als zu Recht bestehend anerkannt worden. Bezügliche Polizeiverordnungen werden auch in anderen Provinzen erlassen werden. Dabei wird der erforderliche Schutz für Person und Eigentum gewährleistet. (Beifall.) Der Wortwart, ich hätte den Landtag zu spät einberufen, wäre nur gerechtfertigt, wenn die frühere Einberufung dem alleinigen Wunsche des Hauses entsprochen hätte und sachlich zweckmäßig erschienen wäre. Wedes trifft nicht zu. Von verschiedenen Seiten bin ich erwidert worden, den Landtag nicht früher einzuberufen, andererseits waren die Aufstellungen der einzelnen Gattis infolge der eigenartigen Fähigkeit eines der Reichstagsmitglieder, die Frage der Wahlrechtsreform in der Kammer des Reichstags anerkennen zu lassen, erfolgt. Nachdem die Regierung der Ankündigung der Reform in der Thronrede die Vorlage selber hat folgen lassen, ist sie nicht schuld daran, daß viele den Beifall des Hauses nicht gefunden hat. Der Herr Abgeordnete Wiemer hat sich dagegen geäußert, daß seitens des Herrn Polizeipräsidenten von Sagan die Bildung einer Berufsvereinigung von Schulleuten nicht genehmigt worden sei. Ich will auf die Frage nicht näher eingehen, weil sie wohl noch einmal zur Erörterung gelangen wird. Ich kann aber jetzt schon mitteilen, daß der Standpunkt des Herrn v. Sagan die Billigung der Staatsregierung in vollem Umfange findet. (Abg. Hoffmann: Selbstverständlich.) Eine allgemeine Vereinigung von Schulleuten, einer militärisch organisierten Truppe, die Berufsinteressen vertreten will, kann nicht genehmigt werden, wenn die Disziplin aufrecht erhalten werden soll. Der Herr Abgeordnete Wiemer hat ferner einen Vorschlag gemacht, in dem Reichstagsrat einen Ausschuss zu bilden, der die Beurteilung der Verurteilung des Leutnants von Fortner mit vollem Namen, aber ohne Bezeichnung des Amtsortes, sich auf die Beurteilung geäußert hat. Für die Beurteilung scheidet zunächst aus der angelegte Eingriff in ein schwebendes Verfahren und ebenso die angelegte unzulässige Beeinflussung der beteiligten Gerichte. Denn es liegt auf der Hand, daß ein derartiger Eingriff eine derartige Beeinflussung doch nur von einer untergeordneten Behörde erfolgen und ausgeben kann, nicht aber von einem an der ganzen Sache völlig unbestelligten Beamten. Der Herr Abgeordnete Wiemer hat ferner einen Vorschlag gemacht, zwischen dem Vorgehen des Herrn von Sagan und dem Vorgehen eines Oberbürgermeisters, gegen den ein Disziplinerverfahren andeuten eingelegt worden ist. Wenn es der Oberbürgermeister ist — er hat ihn nicht genannt — den ich eventuell im Auge habe, so bekunden seine Pflichterfüllungen darin, daß er seine übergeordneten Behörden in unzulässiger Weise angegriffen hat. Eine Willkürleistung die

Krit kann doch unmöglich aus den juristischen Deduktionen eines Urteils, das Herr von Sagan in der Kreuzzeitung veröffentlicht hat, angenommen werden. Andererseits habe auch ich, bei voller Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung, es nicht für erwünscht, und kann es daher auch nicht gutheißen, wenn Beamte ohne zuzunehmen und dringenden Grund an ein noch nicht abgeschlossenes gerichtliches Verfahren in der politischen Tagespresse kritische Bemerkungen knüpfen, selbst dann, wenn diese Bemerkungen rein oder überwiegend juristisch-technischer Art sind. Es entbehrt meines Zutrauens nicht der Jurisprudenz, die in ganz besonderem Maße richterlichen Behörden gegenüber Maß zu mehr. Je höher die Stellung eines Beamten ist, umso mehr empfindet es sich für ihn, diejenige Jurisprudenz bei seinen Meinungsäußerungen in der öffentlichen Tagespresse zu wahren, die die notwendige Rücksichtnahme auf Anderdenkende und auf übergeordnete Behörden erfordert. Wenn nun aber der Abgeordnete Wiemer von mir eine Auskunft verlangt hat über etwaige Vorhaltungen, welche aus Anlaß dieses Falles dem Herrn Polizeibeamten gemacht worden sind, so muß ich ein derartiges Verlangen mit aller Bestimmtheit ablehnen, weil es in Preußen und auch in anderen Staaten nicht üblich ist, interne dienstliche Verhältnisse in der Öffentlichkeit zu erörtern, und weil es allein die Sache des Besten ist, darüber zu schweigen, ob und in welcher Weise er einem ihm vorgetragenen Vorwurfe seine Zustimmung oder seinen Protest aus Anlaß eines Einzelfalles zu erkennen geben will. (Beifall rechts.)

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Wußig: Im Namen des Hauses möchte ich dem Herrn Minister meinen Dank aussprechen für die Ankündigung von Mitteilungen über den Umfang des Notstandes und der Schäden an der Ostküste und für die vorläufigen Anordnungen von Seiten der königlichen Regierung in dieser Hinsicht. Ich beabsichtige, dem Hause vorzutragen, sobald die nötigen Unterlagen dafür von der kaiserlichen Staatsregierung bereitgestellt sein werden, in der ersten Sitzung die Postministerkonferenz und die dazu gestellten Anträge auf die Tagesordnung zu stellen. Dieser Vorschlag fand auf allen Seiten des Hauses Billigung. Alle Redner hierzu sprachen den Wunsch aus, daß die Hilfskosten nicht verzögert werde.

Abg. Fortmann (Volk): Wir haben ein Heer von 100 000 Arbeitssoldaten. Was den Schutz der Arbeitssoldaten betrifft, so sind wir gegen alle Ausnahmemaße. Die Politik, die gegen die Polen getrieben wird, widerspricht dem Recht und der Gerechtigkeit. Der Diktatorverweigerer ist der Träger eines Chauvinismus, der auf einer internationalen Gefahr beruht, und die aufständischen Beziehungen des Deutschen Reiches gefährdet. Wie sieht es mit der Wahrung des Erzbißums Osnabrück?

Abg. Kirch-Vorlin (Soz.): Das Votum der direkten Steuern muß anders organisiert werden, vor allem muß die Grenze für die Steuerfreiheit herabgesetzt werden. Auch in dem vorliegenden Etat ist eine Summe eingelegt zur Veranschlagung der sozialdemokratischen Jugendbewegung. Was man diese Summen auch jährlich erhöhen, die sozialdemokratische Jugendbewegung wird man dadurch nicht eindämmen. Die Zahl der Arbeitssoldaten wächst stetig. Deshalb ist die Einführung einer Arbeitssoldatenversicherung unbedingt notwendig. Wiederholt sind bei Streiks Streikbrecher, die andere Personen verletzen oder gar getötet hatten, freigesprochen worden, während Streikende wegen geringfügiger Verbrechen zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Das Verbrechen der Wahlreform ist durch die Einkünfte der Wahlreform erhöht, die sozialdemokratische Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen für eine bringende Notwendigkeit sowohl im Interesse der Arbeiter wie des Mittelstandes. Die Diktatur des Sellschlag, die in Preußen herrscht, möchte man auf das ganze Reich übertragen. Die Regierung, die den unteren Klassen gegenüber scharf vorgeht, ist hier ergebnislos. Das zeigt wieder deutlich der Jobner Hill. Die Verhandlungen im Herrenhaus haben gezeigt, welche große Kluft zwischen der Bevölkerung in Preußen und den gelesenen Körperschaften besteht.

Zustimmender Dr. Belsler: Die Frage, ob ein größerer Schutz der Arbeitssoldaten angeht, hat den Vorredner veranlaßt, über die Tätigkeit der Gerichte in höchst abfälliger Weise zu sprechen. Diesen Ausführungen muß ich mit allergrößter Entschiedenheit entgegnen. (Beifall rechts.) Die Gerichte sind selbständige Stellen im Staate und tragen ihre volle Verantwortung für ihre Urteile. Daran zu rütteln, kann nur schädlichen Zweck haben. Die Unterstellung, als würde die Gerichte nicht nach Recht und Gesetz, muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall rechts.)

Minister des Innern Dr. v. Dallwitz: Der Abg. Kirch hat gesagt, die Berliner Polizei hat zu allem Möglichen Zeit, nur nicht dazu, ihre Pflicht zu tun. Gegen diese unangehörliche, ungewöhnliche und unabweisbare Beschuldigung einer mit unterstellten Behörde muß ich mit aller Entschiedenheit Verwahrung einlegen. (Beifall rechts.)

Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Köhling (Volk) wurde die Weiterberatung auf morgen 10 Uhr vertagt.

## Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 14. Januar 1914.

Am Bundesratsstische: Kommissarien.  
Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1¼ Uhr. Die Sozialdemokraten hatten eine Interpellation, betreffend die Kriegsgesetzgebung in Straßburg eingebracht; diese Interpellation wird auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gestellt werden.

Präsident Dr. Kaempf:  
Nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht über die Sitzung des Preussischen Herrenhauses vom 10. Januar hat ein Mitglied des letzteren sich dahin geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag aufgenommen wurde, darauf schließen ließ, daß die nationale Gesinnung überall im Anmarsch begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes kein Gesinnung, die in der Wählerkraft lebendig war, habe vermessen lassen. (Auffr links: Unerschüttert!) Meine Herren! Ich gestehe selbstverständlich den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten das Recht zu, Kritik an dem Verhalten des Reichstages zu üben, ebenso wie der Reichstag dieses Recht gegenüber den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten für sich in Anspruch

nimmt. Wenn aber dem Reichstage der Wortwart gemacht wird, daß er die nationale Gesinnung habe vermessen lassen, so liegt hierin, namentlich aus angelegter der Tatsache, daß das Gesetz über den Wehrbeitrag vom Reichstage mit übermäßiger Majorität angenommen worden ist, eine Beleidigung des Reichstages (Sehr gut links), die ich von dieser Stelle mit aller Entschiedenheit zurückweise. (Beifall links und im Zentrum.)

Auch die heutige Tagesordnung enthält lebhaftig

Berichte der Revisionskommission.  
Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Vorsitzende des Zentralrats der deutschen Gewerbetreibenden, die Gesellschaft für soziale Reform und andere eruchen um den Erfolg weiterer reichsweiter Schlichtungsmaßnahmen für die Arbeiter in der Schmelz-Flussindustrie und um gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die Kommission beauftragt, diese Petitionen wegen Schaffung eines Schlichteramtvertrages soweit sie eine Fortsetzung der Arbeitszeit, Regelung der Überstunden, Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, Verbot der Frauenarbeit, Verbot der Betriebskontrolle, größeren Selbstbestimmung und Bestimmung der Unsicherheit der Entlohnung verlenen, dem Reichskanzler zur Berücksichtigung, soweit die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit verlangt wird, zur Erörterung zu übermitteln. Ein Antrag umfassen und Gen. (Zustimmung) will übernehmung des geltenden Inhalts der Arbeitszeit und Erhöhung.

Abg. Eitel (Soz.): Die Bund-Vertragsordnung zum Schutz der Arbeiterzeit reicht nicht aus. Der alte Vertrag über den Inhalt der Arbeitszeit ist nicht auszuführen. Wir fordern, daß den Gewerbetreibenden Mitteln aus Arbeiterfreien zur Seite gestellt werden. Mehrfach sind Arbeitsstätten von 22 bis 34 Stunden festgelegt worden. Ist ist den Arbeitern eine Gelegenheit zur Einnahme der Wahlzeiten gegeben. Eine Neuordnung des Personalstellenverhältnisses ist bringen zu wünschen.

Abg. Gieseler (Zent.): Die Neuordnung der Arbeiterzeit ist international. Im Ausland hat man mit der verkürzten Arbeitszeit die besten Erfolge erzielt. Wir müssen die langen Arbeitszeiten aufheben und den Arbeitssoldaten ersetzen. Die Bundesrats-Verordnung muß aufgehoben und durchgeführt werden, daß eine wirksame Besserung der Verhältnisse im Mittelstande geschaffen wird.

Abg. Dr. Wötter (Volk): Wir werden bei der Staatsberatung in Anregung bringen, daß, bevor neue Bestimmungen getroffen werden, das Reichsamt für soziale Reformen über den Gesamtzustand der deutschen Industrie informiert. Gegen die verlorbenen Arbeiterkontrollen nach dem Muster der Sicherheitsmänner haben wir die schweren Bedenken. Sie würden ebenfalls am Mittelpunkt der politischen Aktion werden. Das Kräftigste hat sich ganz auf dem Boden. Eine Reform des Personalstellenverhältnisses halten auch wir für unumkehrbar. Eine Arbeitszeit von zwölf Stunden muß beibehalten werden, aber der Achtstundentag würde eine beträchtliche Vermehrung des Arbeiterheeres nötig machen. Und da besteht die Gefahr, daß wir auf ausländische Arbeiter zurückgreifen müssen. In der Frage der jugendlichen Arbeiter müssen internationale Bestimmungen getroffen werden.

Abg. v. Gräfe-Gilroy (Zent.): Wir haben für die Arbeiter ebenfalls Wohlwollen wie die anderen Parteien. Ein Vergleich mit der englischen Industrie ist nicht möglich, zumal dort der Achtstundentag nicht gesetzlich gewährleistet ist. In dieser Frage sollten auch die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt werden. (Beifall.)

Abg. Schmitt (Volk): Die Ausübung der Arbeiter ist besonders in Berücksichtigung der den Arbeitern muß mehr Einblick auf die Personalstellen einräumt werden.  
Abg. Winkler (Volk): Die Ausübung der in den Petitionen gestellten Forderungen würde besonders die lothringische Industrie schwer schädigen; es müßten denn internationale Abmachungen getroffen werden.

Abg. Haberland (Soz.): Das Gend in den Güttenbetrieben ist groß. Die Berichte der Gewerbetreibenden bezeugen die Ausgestaltung des Ausbaus. Für die Fortsetzung wichtiger Fragen der Sozialpolitik der Reichstagspolitik, der sozialen Wahlen und der Berufsberatung wurden ständige Ausschüsse gebildet. Zur Förderung der letzten Angelegenheit wurde ein Ausschuss der Mitglieder ernannt. Geborn nahm der Ausschuss Stellung zu dem Reichstagsangelegten Angelegenheiten über die Aufnahme des Organisationswesens. Schließlich wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit den sozialen Vorfragen für die Arbeiter und Zuwendenden beschäftigen soll.

## Kongresse und Ausstellungen.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses hielt am 13. Januar im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Die Beschlüsse wurden eine Ausgestaltung des Ausbaus. Für die Fortsetzung wichtiger Fragen der Sozialpolitik der Reichstagspolitik, der sozialen Wahlen und der Berufsberatung wurden ständige Ausschüsse gebildet. Zur Förderung der letzten Angelegenheit wurde ein Ausschuss der Mitglieder ernannt. Geborn nahm der Ausschuss Stellung zu dem Reichstagsangelegten Angelegenheiten über die Aufnahme des Organisationswesens. Schließlich wurde ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, der sich mit den sozialen Vorfragen für die Arbeiter und Zuwendenden beschäftigen soll.

## Sport und Jagd.

Kaiserlicher Naturforschungsverein.  
Nachdem der Kaiser anlässlich seines Regierungsjubiläums das Protektorat über den früheren Naturforschungsverein von Deutschland übernommen und ihm das Präsidat „Kaiserlich“ verliehen hat, sind nunmehr durch Erlass vom 8. Dezember 1913 die Abzeichen des Clubs fertig worden.

## Aus dem Gerichtssaal.

Zum Breslauer Stättenband.  
Die Zimmervermieterin Verba Gellin und die Schneiderin Frau Ida Andrae in Breslau wurden im Zusammenhang mit der bekannten Unfallschicksalsschicksale wegen Kupplung zu sechs Monaten Gefängnis bezogen, zwei Monaten Gefängnis bezuzeitigt. Angewandt wurde in bezug auf Angehörige der Württembergischen Stättenüberwachungs zu sechs Monaten Gefängnis bezuzeitigt.

